

Wohnen für Menschen statt für Profite!

Am 23. April 2022 fand in Bochum eine Mieterdemonstration gegen die Geschäftspraktiken börsennotierter Wohnungsunternehmen statt. Über 400 Menschen demonstrierten gegen Spekulation und die Behandlung von Wohnraum als Ware.

Auf Kundgebungen forderten die Akteure, darunter Vertreter des DMB und der Gewerkschaften, Mieterinitiativen, Aktivisten und vor allem Mieterinnen und Mieter den Stopp der Erhöhung von Mieten zur Erhöhung der Konzerngewinne.

Teilnehmende aus Deutschland, u.a. Berlin, Frankfurt, Hamburg, Mainz und aus den Niederlanden und Schweden waren dazu nach Bochum gekommen. Vom Hauptbahn-

hof ging die Demo bis zur Firmenzentrale der Vonovia, Deutschlands größtem Vermieter. Ort und Datum waren als Gegenaktion zur in der darauffolgenden Woche stattfindenden Hauptversammlung des Konzerns gewählt worden.

Zuvor hatte Vonovia angekündigt, ca. 1,3 Milliarden Euro (ca. 45 Prozent der eingenommenen Kaltmieten) an die Aktionäre ausschütten zu wollen. Im Schnitt wurde die Miete um 3,8 Prozent gesteigert. Einschränkungen aufgrund der Pandemie habe es 2021 und 2022 kaum gegeben. Wo es möglich war, wurden die Mieten noch stärker angehoben: Laut Geschäftsbericht stiegen sie in Berlin um über acht Prozent, auch

1. Mai – landesweite Aktionen

Das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ hat mit landesweiten Aktionen an den Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai teilgenommen. In Bielefeld, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Köln, Lüdenscheid und Münster gab es Infostände, Kundgebungen

und weitere Aktionen, bei denen die Forderung an die Landespolitik gerichtet wurde, eine Wende in der Wohnungspolitik herbeizuführen.

Da der Aktionstag im Rahmen der DGB-Veranstaltungen zum 1. Mai durchgeführt wurde, konnte viel Aufmerk-

NRW hat gewählt!

Für eine politisch aktive Organisation wie den DMB NRW hat die Landtagswahl eine besondere Bedeutung. Entsprechend lohnt es sich, aus wohnungspolitischer Sicht den Ausgang zu analysieren. Zwei wichtige Punkte können festgehalten werden: Zunächst ist die Landesregierung abgewählt worden. Die oft vorgetragene Kritik des

Mieterbundes an deren wohnungspolitischer Arbeit mag dabei nur einen Aspekt dar-

gestellt haben, aber es wird eine Veränderung geben.



Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin des DMB, und Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des DMB-Landesverbandes NRW

in Teilen des Ruhrgebiets um über vier Prozent. Mieterinnen und Mieter der Vonovia klagen über Probleme bei Modernisierungen. Hohe Mieterhöhungen sowie Probleme mit Betriebskostenabrechnungen und Mängeln stehen auf der Tagesordnung der Mietervereine.

samkeit erzeugt werden. So traten in Dortmund der Ministerpräsident von NRW, Hendrik Wüst (CDU), und in Düsseldorf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf.

Die Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum für alle, besserem Mieterschutz und zukunftssicherer Ausgestaltung des Wohnraums tra-

Und die ist nötig: Obwohl vergangene Regierungen stets beteuerten, dass ihnen der Bau bezahlbarer Wohnungen wichtig sei, waren die Ergebnisse nie ausreichend.

Ein zweiter wichtiger und bedenklicher Aspekt ist die historisch niedrige Wahlbeteiligung von 55,5 Prozent. Nur knapp mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten haben von ihren demokratischen Rechten Gebrauch

Der Konzern leugnet die Probleme und behauptet, dass die meisten seiner Mieterinnen und Mieter zufrieden wären, obwohl einer aktuellen Untersuchung zu Onlinebewertungen zufolge Vonovia der unbeliebteste Vermieter Deutschlands ist. ■

fen auf breite Zustimmung bei Besucherinnen und Besuchern der Infostände.

Viele kamen mit individuellen Sorgen auf die Aktionsstände zu. Hier zeigte sich, dass die Beteiligung lokaler Mietervereine dazu führt, neben der politischen Forderung persönliche Hilfe zu leisten. ■

gemacht. Auch dies ist ein Zeichen für einen Neustart – die Menschen wollen Ergebnisse und Lösungen, hier muss die Politik dringend liefern.

Der Mieterbund NRW steht zur Verfügung, um sich bei allen demokratischen Parteien für das Wohl der Menschen einzusetzen, die zur Miete wohnen – denn in NRW repräsentieren sie die Mehrheit der Bevölkerung. ■